

## **Rede zum Ratsantrag von SPD und GRÜNEN zum Gemeinsamen Unterricht (GU) – 23.03.10**

Die Kölner Schullandschaft ist in Bewegung und diese Bewegung geht über die Forderung nach mehr Gesamtschulen und Ganztagschulen einen entscheidenden und System verändernden Schritt hinaus. Eine Gesellschaft für alle, die Grundlage und Rahmen für alle Menschen bildet, seien sie nun behindert oder nicht behindert, braucht eine Schule, die alle **ein-** und niemanden ausschließt. Das ist der Kern der UN-Konvention zu einer inklusiven Schule. Eine solche Schule ist pädagogisch sinnvoll, sozial integrativ, humanitär fortschrittlich und gesellschaftspolitisch notwendig. Schulträger und das für die inneren Schulangelegenheiten verantwortliche Land sind dabei gemeinsam in der Pflicht. Deshalb richtet sich der Antrag gleichermaßen ans Land wie an die Stadt Köln als Schulträger, die für eine entsprechende personelle und materielle Ausstattung Verantwortung tragen. Die im Antrag enthaltene Aufforderung an das Land hat durch den Bericht des UN-Sonderbotschafters Venor Muñoz an Bedeutung gewonnen, beklagt er doch die Diskrepanz zwischen Worten und Taten im Blick auf die Umsetzung der UN-Konvention in NRW. Im jetzigen vier- bis fünfgliedrigen Schulsystem stecken Ressourcen, die besser verteilt werden können, ja müssen. Man denke nur an die am Elternwillen vorbei errichteten Hauptschulen als Ganztagschulen. Damit kein Missverständnis aufkommt: Dass Hauptschulen Ganztagschulen werden, ist zu begrüßen, aber doch nur, wenn sie auch Schüler und Schülerinnen haben. (Ich erinnere mal die Zahlen bei den diesjährigen Anmeldungen: Für über 1500 Plätze an Hauptschulen gibt es etwas mehr als 500 Anmeldungen.)

Aber die UN-Konvention für gemeinsamen Unterricht (GU) ist nicht nur eine hehre Forderung, auch die übergroße Mehrheit der Eltern in Köln wünscht diese Unterrichtsform. Und dass wegen der geringen Anzahl von Plätzen für den GU vor allem in den weiterführenden Schulen eine kurzfristige Aufstockung in allen und Stadtbezirken und allen Schulformen nötig ist, versteht sich von selbst. Da dieser Aspekt in Punkt A des Antrags der Linken konkretisiert wird, übernehmen wir ihn. Ebenso übernehmen wir die Punkte B und C als Vorschläge, die geeignet sind, die Akzeptanz bei Eltern und Lehrkräften bei der Umsetzung zu verbessern.

Nun ist oft gegen Strukturreformen eingewandt worden, dass eine gute Schule, die die Kinder und Jugendlichen bestmöglich fördert, sich nicht der Struktur, sondern einem engagierten Kollegium verdankt. Das ist natürlich wahr, aber genau umgekehrt: Das engagierte Kollegium benötigt für seine Arbeit gerade fördernde und nicht hemmende Strukturen, damit sein Engagement sich nicht nutzlos verbraucht. Empirisch ist längst nachgewiesen, dass bei allen

Verdiensten, die die Förderschulen haben, das Anregungspotential für die Schüler und Schülerinnen jedoch geringer ist als in Regelschulen, weshalb sie auch mit ihren Leistungen und Kompetenzen hinter dem, was sie in Regelschulen erbringen und erwerben könnten, zurückbleiben. Nicht zuletzt sollte der sozialisierende Aspekt gemeinsamen Unterrichts genannt werden: Besseres Lernen und humaneres Leben in der Schule passen zusammen und gehören zusammen in einer inklusive Schule.